

OPERNHAUS
ZÜRICH

| OPERNHAUSTAG

TagesAnzeiger

Wenn Wohnbauförderung das Wohnen teurer macht

Die Stadtzürcher Linke möchte Genossenschaften beim Landerwerb subventionieren. Das ist eine schlechte Idee.



Zürich wächst und wächst: Baustelle an der Europaallee (2014). Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

Ausgerechnet jetzt, da der Wohnbau floriert wie lange nicht mehr, will die Linke genau diesen Wohnbau mit zusätzlichen Millionen subventionieren. Konkret geht es um einen neuen Fonds, der nach dem Willen von SP, Grünen und Alternativen zunächst mit 50 Millionen Franken aus der Stadtkasse bestückt wird. Dann sollen jedes Jahr nochmals 10 Millionen dazukommen – oder auch mehr, ganz nach den Launen des Gemeinderats. Mit den Millionen sollen die Genossenschaften Bauland kaufen, das ihnen heute zu teuer ist.

Die Logik: Private zahlen für städtisches Land die Preise, die der Markt heute verlangt, und haben damit die Oberhand. Genossenschaften, die weniger zahlen wollen und können, gehen mitunter leer aus – und bauen dann auf einem günstigeren Grundstück, später oder ausserhalb der Stadt.

Das Volk aber hat beschlossen, den Anteil der Gemeinnützigen im städtischen

Wohnungsbestand von heute gut einem Viertel zu erhöhen. Da greift die Linke zu dem ihr liebsten Allheilmittel: dem Subventionstopf.



Edgar Schuler

Ressortleiter Meinung, Analyse, Autoren

@Edgar_Schuler 01:25

Artikel zum Thema

Millionen für die Genossenschaften



Private bauen in Zürich Wohnungen wie noch nie. Jetzt sollen Genossenschaften Geld bekommen, um beim Landkauf mithalten zu können. [Mehr...](#)

Beat Metzler. 03.05.2017

«Lohngrenzen für Mieter sind kein Problem»

Interview Der Wiener Stadtrat und

Edel, hilfreich und gut?

Das ist sicher gut gemeint, vielleicht sogar edel, aber das Gegenteil von hilfreich. Zunächst kurz die wichtigsten Zahlen: Fast 3000 Wohnungen wurden in der Stadt Zürich letztes Jahr gebaut. Das sind fast 900 Wohnungen mehr als im Durchschnitt der sieben Jahre zuvor. Der Wohnbau boomt also. Eine tolle Nachricht für eine Stadt, in der so viel von Wohnungsknappheit die Rede ist.

Aber Mieterverband, SP, Grüne und Alternative haben ein fettiges, schwarzes Haar in der Suppe gefunden: Private Bauherren waren beim Wohnungsbau 2016 fünfmal fleissiger als gemeinnützige. 2500 neuen Wohnungen von Privaten stehen nur knapp 500 der ohnehin schon politisch gehätschelten Genossenschaften gegenüber. Das ist das Gegenteil dessen, was das Volk vor sechs Jahren beschlossen hat – die Ausdehnung des gemeinnützigen Anteils, und zwar auf ein Drittel bis im Jahr 2050.

Aber das linke Hyperventilieren über die bienenfleissigen privaten Wohnungsbauer kommt reichlich früh. Im Schnitt des letzten Jahrzehnts war 2016 ein Ausnahmejahr. Vielleicht bleibt es das. Man braucht deswegen nicht schon heute Steuerzahlerinnen und -zahler zu bemühen.

Schwerwiegender aber ist das grundsätzliche Problem: Wenn die Politik zusätzliches Geld in den Markt pumpt, tut sie nichts anderes, als die Preisspirale weiter zu drehen. Selbst 50 Millionen Franken werden zwar im milliardenschweren Zürcher Liegenschaftsmarkt nicht viel bewegen – aber in der Tendenz führt mehr Geld im Umlauf zu höheren Preisen.

Die Privaten werden nachziehen

Wenn auch Genossenschaften in den obersten Preissegmenten mitmischen, werden die Privaten nachziehen – nachziehen müssen. Profitieren wird eine Minderheit, die das Glück hat, in die so subventionierten Wohnungen einzuziehen. Bezahlen aber werden alle: Die Privaten überwälzen den Aufschlag an die Mieter, die Genossenschaften an die Steuerzahler.

Mieterinnen und Mieter privater Liegenschaften, die hier auch Steuern zahlen, werden sich glücklich schätzen, dass sie mit ihrem Geld die eigenen Mietzinse befeuern. Und diese Gruppe wird so oder so in der Mehrheit bleiben – ausser die Marktwirtschaft schleicht sich aus Überdruß einmal ganz aus der Stadt davon.

In schönster Blocher-Manier

Nun pochen die linken Parteien in schönster Blocher-Manier auf den Volkswillen. Ohne neue Staatsmillionen sei das Ziel von einem Drittel gemeinnützigen Wohnungen nicht zu erreichen.

Allerdings: Angesichts des Wankelmuts des Wohnungsmarkts und der Ungewissheit der Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Zürich ist die Weisheit des damaligen Beschlusses ohnehin nicht über alle Zweifel erhaben. Der Stadtrat, auch damals rotgrün, war mit guten Gründen dagegen. Gegen ein populistisches Schlagwort – «Bezahlbarer Wohnraum für alle!» – war jedoch schon da kein Kraut gewachsen.

Aber davon einmal abgesehen: Das Volk erwartete damals von einem Ja vor allem eines: günstige Wohnungen. Es wollte sicher nicht mit seinem Geld an der Bodenpreisspirale schrauben.

(Tages-Anzeiger)

Erstellt: 05.05.2017, 19:11 Uhr

Bauexperte Michael Ludwig setzt beim gemeinnützigen Wohnungsbau auf ein Instrument, das in Zürich umstritten ist.

[Mehr...](#)

Mit Michael Ludwig sprach Marius Huber. 11.11.2016

Das Ressort Zürich auf Twitter

Das Zürich-Team der Redaktion versorgt Sie hier mit Nachrichten aus Stadt und Kanton.

 @tagi folgen

Das Ressort Zürich auf Twitter

Das Zürich-Team der Redaktion versorgt Sie hier mit Nachrichten aus Stadt und Kanton.

 @tagi folgen
